

Absender:

**CDU-Fraktion im Rat der Stadt**

**22-18712**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Schulpflicht für ukrainische Kinder und Jugendliche**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.04.2022

Beratungsfolge:

Schulausschuss (zur Beantwortung)

Status

13.05.2022

Ö

**Sachverhalt:**

Nach aktuellem Stand sind 240.000 Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht vor dem russischen Angriffskrieg auf ihr Land in Deutschland angekommen. Offizielle Zahlen sagen, dass rund 3.000 von ihnen in Braunschweig untergekommen sind. Dies umfasst natürlich nur diejenigen, die sich offiziell bei den Behörden (an)gemeldet haben. Daher ist davon auszugehen, dass sich noch deutlich mehr Kriegsvertriebene in unserer Stadt aufhalten.

Viele weitere werden nach heutiger Einschätzung folgen – ein großer Teil von ihnen sind Kinder. Neben ihrer medizinischen Versorgung und Unterbringung wird die Frage nach Betreuung und Bildung in den kommenden Monaten die entscheidende sein.

Der deutschen Bildungspolitik muss es gelingen, hier nun endlich Pragmatismus walten zu lassen. Für unterschiedliche Kinder muss es auch unterschiedliche Lösungen geben.

Man wird sich zumindest auf die Möglichkeit vorbereiten müssen, dass viele ukrainische Kinder auch langfristig in Deutschland zur Schule gehen werden. Schule ist nicht nur Bildungsstätte, sondern auch ein Ort des Miteinanders. Das sollte jetzt auch für die geflüchteten Kinder aus der Ukraine gelten. Schule ist darüber hinaus mehr als ein Ort der Wissensvermittlung, denn für viele Kinder ist sie auch ein Schutzraum. Schule bietet Struktur und Alltag, den die Kinder und auch ihre meist allein geflüchteten Mütter dringend brauchen. Auch die ständige Angst, wie es dem in der Ukraine verbliebenen und nun mit der Waffe in der Hand für sein Land kämpfenden Vater geht, darf nicht unterschätzt werden.

Es geht um die Kinder.

Wenn an finanzieller Ausstattung nicht gespart wird und der Wille da ist, dieses Geld dann auch wirklich in die Schulen zu investieren, wenn es Deutschland gelingt, die Bedürfnisse von den Kindern her zu denken, dann wäre das nun endlich die Gelegenheit, Schule noch mal ganz anders zu verstehen: Als Raum, der Kinder auffängt. Dafür braucht es Mittel, Lehrer und Lehrerinnen müssen ausgebildet und eingestellt werden, ebenso wie Sozialarbeiter und Trauma-Therapeuten. Es ist dringend notwendig, jetzt in die Zukunft dieser Kinder zu investieren, egal ob sie als Erwachsene in Deutschland leben werden oder in einer hoffentlich wieder aufgebauten, demokratischen Ukraine.

In anderen Kriegs- und Krisensituationen konnten mit Sprachlernklassen der beste Weg bestritten werden, um das schnelle Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Diese Möglichkeit gibt es momentan bedauerlicherweise nicht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wird eine Schulpflicht für ukrainische Kinder sichergestellt?
2. Welche Unterstützung bekommen unsere Schulen dafür?

3. In welcher Form wird das schnelle Erlernen der deutschen Sprache sichergestellt?

**Anlagen:**

keine